Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6633**

18. Wahlperiode 10.11.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/3744 –

Soziale Wohnungswirtschaft entwickeln

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Sofortmaßnahmen zur Umgestaltung der Wohnungswirtschaft für einen wirksamen Stopp der Miet- und Wohnkostensteigerung zu ergreifen sowie finanzielle und bauplanungsrechtliche Voraussetzungen für eine sozial- und klimagerechte Stadt- und Regionalentwicklung zu schaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/3744 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2015

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Sylvia Jörrißen
Berichterstatterin

Michael Groß
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sylvia Jörrißen, Michael Groß, Ralph Lenkert und Christian Kühn (Tübingen)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/3744** wurde in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2015 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Einzelnen benannte Sofortmaßnahmen zur Umgestaltung der Wohnungswirtschaft für einen wirksamen Stopp der Miet- und Wohnkostensteigerung zu ergreifen sowie im Einzelnen benannte finanzielle und bauplanungsrechtliche Voraussetzungen für eine sozial- und klimagerechte Stadt- und Regionalentwicklung zu schaffen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 57. Sitzung am 14. Oktober 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3744 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 71. Sitzung am 14. Oktober 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3744 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 56. Sitzung am 14. Oktober 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3744 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 45. Sitzung am 14. Oktober 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3744 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/3744 in seiner 65. Sitzung am 4. November 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, dass der Wohnungsmarkt aufgrund der aktuellen Situation sehr angespannt sei und diese Anspannung weiter wachse. Der Wohnungsmangel hänge mit der Renditeerwartung zusammen: je weniger Wohnungen auf dem Markt zur Verfügung stünden, desto höher seien Mieten und Profite. Damit reiche ein rein marktgetriebenes System bei der Wohnungswirtschaft nicht aus, um angemessenen Wohnraum zu preiswerten Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Um Verbesserungen in Deutschland zu erreichen, bedürfe es einer Umstellung der Förderpolitik. Nicht zielführend sei es, die Renditeerwartung von Wohnungsunternehmen über Fördermittel und Subventionen zu erfüllen oder zu erhöhen. Bezahlbarer und angemessener Wohnraum für jedermann sei nur durch die Bereitstellung zweckgebundener Mittel für den sozialen Wohnungsbau möglich. Die Mietpreisbremse und andere beschlossene Reformen führten nicht zu einer Entspannung der Wohnungslage in Ballungszentren. Es müsse ein Paradigmenwechsel hin zu einem gemeinnützigen und sozialen Wohnungsmarkt und mehr sozialem Wohnungsbau vollzogen werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erläuterte, dass das Thema Wohnen zwar eine elementare Bedeutung habe, aber viele Forderungen des Antrags überholt seien und darüber hinaus in Bereiche eingegriffen werde, für die eine

Länderkompetenz bestehe. Der Bund unterstütze die Länder bereits mit zusätzlichen Kompensationsmitteln für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von insgesamt 2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2019, wobei die Länder einen zweckgebundenen Einsatz zugesichert hätten. Im Hinblick auf die bundeseigenen Liegenschaften sei bereits durch die mietzinsfreie Überlassung für die Flüchtlingsunterbringung einschließlich der Übernahme der Kosten für deren Herrichtung sowie der vergünstigten Abgabe an die Kommunen zum Zwecke des geförderten Wohnungsbaus viel erreicht worden. Andere Maßnahmen, wie die Reform des Wohngeldes, seien bereits auf den Weg gebracht worden, um gezielt Personengruppen mit niedrigem Einkommen zu unterstützen. Es solle nicht nur der soziale Wohnungsbau, sondern auch der Wohnungsneubau insgesamt angekurbelt werden. Man erwarte kurzfristig die Ergebnisse der Baukostensenkungskommission, aus denen weitere umzusetzende Maßnahmen resultierten.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass in Deutschland vier Millionen Menschen ihren Wohnraum über staatliche Zuschüsse finanzierten. Dies verdeutliche den Handlungsdruck. Es sei jedoch bereits viel auf den Weg gebracht worden, u. a. das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen. Erstmals werde hier ein Dialog mit allen Akteuren geführt und es würden daraus konstruktive Vorschläge für bezahlbaren Wohnraum erwartet. Die im Antrag enthaltene Kritik an Subventionen und die gleichzeitige Forderung von zusätzlichen 5 Milliarden Euro für die Gebäudesanierung sei nicht logisch, da mit einer derartigen Gebäudesanierung auch eine Wertsteigerung der Immobilien subventioniert werde. Hinsichtlich der Forderung, die Städte und Kommunen in die Lage zu versetzen, Grundstücke selbst anzubieten und preiswerten Wohnraum zu schaffen, müsse man sehen, dass die Koalition die Kommunen durch viele Maßnahmen wie die Übernahme der Kosten der Unterkunft bis hin zu einmaligen Investitionsförderungen entlastet habe. Es bestehe zwar ein Bedürfnis nach starken Kommunen mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften als Korrektiv auf dem Markt, aber es bedürfe auf dem Markt auch einer Vielfalt mit allen Akteuren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte dar, dass ein Marktversagen in Deutschland bestehe, da der Markt in Ballungsräumen keinen ausreichenden bezahlbaren Wohnraum bereitstelle. Die wohnungspolitischen Konzepte der letzten 25 Jahre seien gescheitert. Erforderlich sei ein Paradigmenwechsel hin zu einer sozialen Wohnungswirtschaft mit dem Ziel, alle Bevölkerungsgruppen mit Wohnraum zu versorgen. Der Antrag sei hierfür nicht ausreichend und teilweise überholt. Die geforderten 700 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung reichten nicht aus. Der Bund habe bereits eine Milliarde Euro bereitgestellt und die kommunalen Spitzenverbände forderten zwei Milliarden Euro. Hinsichtlich der Regulierung der Nebenkosten sei die im Antrag geforderte Preiskontrolle nicht ausreichend. Es müssten hier Aspekte wie Verbraucherschutz, Transparenz und Mieterstrommodelle einbezogen werden. Viele der aufgeworfenen Fragen im Antrag seien zwar richtig; der Antrag aber zu kurzfristig gedacht, um den erforderlichen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik herbeizuführen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/3744 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2015

Sylvia Jörrißen Berichterstatterin	**Michael Groß** Berichterstatter	**Ralph Lenkert** Berichterstatter

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333